

Antrag an das Studierendenparlament für die 9. ordentliche Sitzung am 17.05.2018

Antragsteller*in: Juso HSG und HSG der DIG (auch Hochschulgruppen sind möglich)

Ansprechperson: Simon Schaarschmidt (nur notwendig bei antragstellenden Hochschulgruppen)

Das Studierendenparlament möge beschließen:

dass sich das StuPa von antisemitischen Gruppen wie dem Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) distanziert und dieser und ähnlichen Gruppen keine Plattform bietet.

Des Weiteren möge beschlossen werden, dass die Universitätsleitung dazu aufgefordert wird sich ebenfalls von solchen Gruppen distanzieren und keine Plattform zu bieten.

Begründung:

Der BDS bezeichnet sich selbst als eine Organisation, die sich für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit einsetzt. Die Forderung ist die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes zu beenden und palästinensische Flüchtlinge in ihre Heimat und ihr Eigentum zurückkehren zu lassen. Aufgrund der Offenheit der Forderung finden sich viele Hamas Anhänger*innen in der BDS Bewegung. Um den Schutz der Palästinenser*innen geht es der Vereinigung jedoch nicht, da keine Äußerungen zur Entrechtung von Palästinenser*innen im Libanon oder auch zu den Kämpfen zwischen Hamas und Fatah gemacht werden. Es geht rein darum, eine Verteufelung des Staates Israel zu erreichen. Dies passiert durch Boykottaktivitäten und Delegitimierungsaktivitäten in Europa und Nordamerika. Ebenso wird dies durch Vorträge an Universitäten versucht. Unter dem Deckmantel des Völkerrechts und der Vereinten Nationen wird Israel als rassistischer Apartheidstaat bezeichnet, der ethnische Säuberungen und Völkermord begehe.

Die Notwendigkeit eines Israelischen Staates für Jüdinnen und Juden besteht nach wie vor. Der Antisemitismus ist weltweit noch immer erschreckend aktuell. In vielen arabischen Ländern sind antisemitische Anfeindungen noch immer Teil der Gesellschaft und werden zum Beispiel im Iran offen geäußert. Auch in Deutschland und seinen Europäischen Nachbarn ist ein wiedererstarkender Antisemitismus und Antizionismus sowohl von Rechts als auch von Links zu erkennen. Es gibt kaum ein Synagoge, die nicht unter Polizeischutz steht und viele Jüdinnen und Juden schicken ihre Kinder auf Internate, da diese auf öffentlichen Schulen angefeindet werden.

Quellen: <http://www.audiatour-online.ch/2016/07/12/bds-nicht-propalaestinensisch-sondern-antiisraelisch/>

<http://www.audiatour-online.ch/2018/03/26/die-rolle-des-iran-in-der-israel-boykott-kampagne-bds/sans-phrase> Heft 11, Dezember 2017, ISBN 3862599116, Florian Markl Seite 49-55

Vorarbeit:

In der Vorarbeit wurde eine Ausführliche Quellenarbeit in Zusammenarbeit mit der Hochschulgruppe der Deutsch-Israelischen Gesellschaft durchgeführt. Ebenso wurde mit dem fzs zusammengearbeitet, um Erfahrungen von anderen Universitäten zu erhalten.

Ausführung:

Die Studierendenvertretung (durch den AStA unter Rücksprache mit den Antragsteller*innen) verfasst eine öffentliche Distanzierung vom BDS und ähnlichen Gruppen. Das StuPa Präsidium gibt den Beschluss an die Universitätsleitung weiter. Die Studentischen Senator*innen sprechen das Anliegen der Studierendenvertretung bei der Universitätsleitung an.

Frist:

Der vorliegende Antrag geht gemäß §23 GO in der Fassung vom 08.05.2018 dem Präsidium des Studierendenparlaments rechtzeitig, spätestens eine Woche und ein Tag vor der 09. Sitzung, also am 09.05.2018 zu.